

Billige Arbeit

Wie können **faire Arbeitsbedingungen** garantiert werden, wenn drei Viertel der öffentlichen Aufträge nach dem **Prinzip des niedrigsten Preises** zugeschlagen werden? Das AFI hat eine klare Vorstellung.



Foto: Symcolfoto (© 123RF.com)

Bauarbeiter: Häufig zählt der niedrigste Preis

Angesichts der enormen Geldsummen, die in den nächsten Jahren über öffentliche Aufträge in die Wirtschaft gepumpt werden sollen, lenkt das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der auftragnehmenden Firmen. Laut **AFI-Präsident Dieter Mayr** häufen sich in den Büros der Gewerkschaften die Streitfälle über die Verletzung tarifvertraglicher Bestimmungen und die Beschwerden über schlechte Arbeitsbedingungen. Die zentrale Frage sei, wie den Beschäftigten faire Arbeitsbedingungen garantiert werden können, wenn drei Viertel der öffentlichen Aufträge nach dem Prinzip des niedrigsten Preises zugeschlagen werden. Das AFI betont: „Die Vergabe nach dem Prinzip des niedrigsten

Preises darf auf keinen Fall die Arbeitsbedingungen beeinträchtigen. Die Ersparnis, die der öffentliche Auftraggeber durch eine solche Vergabe erzielt, ist nämlich nicht von Dauer und kann langfristig sogar zu weitaus höheren Ausgaben führen, da viele Arbeitnehmer mit geringem Arbeitseinkommen irgendwann auf lohnergänzende Sozialleistungen angewiesen sein werden.“

Dieter Mayr sagt, die Politik und die öffentliche Verwaltung würden bei der Vergabe von Dienstleistungen eine soziale Verantwortung tragen und müssten daher auch faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen garantieren. „Das Vergabegesetz muss in diesem Sinne abgeändert werden, um faire Vertragsbedingungen zu gewährleisten. Es ist Aufgabe der lokalen Politik und unserer Abgeordneten im italienischen Parlament, sich auch dafür einzusetzen“, so Mayr. (hsc)

